

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengedruckte 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 70

Halver, Donnerstag, den 23. März

1950

Ein Appell an alle vier Besatzungsmächte

Bonn drängt auf gesamtdeutsche Wahlen

Die Nationalversammlung soll dann eine deutsche Verfassung ausarbeiten

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 22. März

Die Bundesregierung hat in logischer Fortentwicklung der jüngsten Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy über die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen am Mittwochmittag eine Erklärung veröffentlicht, in der darauf hingewiesen wird, daß auch die Sowjetunion auf den verschiedenen Außenministerkonferenzen sich für ein geeintes Deutschland ausgesprochen habe. Die Bundesregierung vertritt den Standpunkt, daß zur Erreichung dieses Zieles folgendermaßen verfahren werden könne:

1. Nach Erlass eines Wahlgesetzes durch die vier Besatzungsmächte werden gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeschrieben.

2. Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen in allen Teilen Deutschlands unter der Kontrolle von Alliierten oder aus Vertretern der UNO zusammengesetzten Kommissionen.

3. Einzige Aufgabe der Nationalversammlung ist die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung. Der Verfassungsentwurf wird dem deutschen Volk zur Bestätigung vorgelegt.

Völlige Freiheit vorausgesetzt

Voraussetzung für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ist nach Ansicht der Bundesregierung die absolute persönliche und politische Bewegungsfreiheit und Betätigungsfreiheit. Dies gilt auch für die politischen Parteien. Außerdem müsse die persönliche Sicherheit und der Schutz vor wirtschaftlicher Benachteiligung aller für politische Parteien tätigen Personen von allen vier Besatzungsmächten und den deutschen Behörden vor und nach der Wahl gewährleistet sein. Vertriebsfreiheit für alle Zeitungen und Freiheit des Personenverkehrs innerhalb ganz Deutschlands unter Fortfall des Interzonenpasses seien weitere dringliche Voraussetzungen.

Die Bundesregierung erklärt, daß die Herstellung und Sicherung dieser Freiheiten einzig und allein bei den vier Besatzungsmächten liege. Infolgedessen müßte den Deutschen auch das

Recht gegeben werden, jederzeit zum Schutz dieser Rechte die Viermächteinstanzen anrufen zu können.

Schließlich richtet die Bundesregierung einen Appell an alle Deutschen, an sämtliche Besatzungsmächte und darüber hinaus an die gesamte Weltöffentlichkeit, dem Deutschen Volk bei seiner Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu helfen.

Dem Bundeskanzler nahestehende Kreise weisen darauf hin, daß durch das Kommuniqué der Bundesregierung die Frage der Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen aus dem Vorstadium herausgelöst und in den Bereich praktischer Erwägungen gerückt sei. Die Bundesregierung lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es Sache der vier Besatzungsmächte sei, die notwendigen Voraussetzungen und selbstverständlich auch die erforderlichen Garantien zu schaffen, da sie im wesentlichen machtpolitischer

Natur seien und die Zuständigkeiten sowohl von Bonn als auch von Berlin überschritten. Der Vorschlag, die Wahlen unter der Kontrolle von Alliierten oder UNO-Kommissionen vornehmen zu lassen, sei nicht neuartig, sondern fuße auf den guten Erfahrungen mit der Saarkommission des Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg. Die Apparatur, um ein analoges Verfahren bei den gesamtdeutschen Wahlen anzuwenden, sei unstreitig vorhanden, und es sei nur zu hoffen, daß man auch in Ost-Berlin zu den Vereinten Nationen das gleiche Vertrauen habe, wie in Bonn. Die Existenz von alliierten Besatzungstruppen in ganz Deutschland müsse, trotz aller Verschiedenartigkeit der Auffassungen, zum wenigsten bewirken können, daß das besetzte Territorium seine politische und administrative Einheit zurückerhalte. Der Wille, diese Einheit wiederherzustellen, sei im ganzen deutschen Volk lebendig, wobei die Frage weltanschaulicher Differenzen eine zweite Rolle spiele.

Grotewohl jagt Sowjethörig: „Unfönn!“

Andere Ostzonen-Politiker versuchen sich in Ausreden

dmt. Berlin, 22. März

Ministerpräsident Grotewohl lehnte eine Stellungnahme zum Wahlvorschlag der Bundesregierung ab und erklärte: „Solchen Unsinn seh ich mir gar nicht erst an.“ Er wies auf seine Rede am 6. März in Leipzig hin, in der er gefordert hatte, daß als Voraussetzung für gemeinsame Wahlen in ganz Deutschland, die „spalterische, zerstörerische und Deutschland vernichtende Entwicklung in Westdeutschland“ beseitigt werden müsse.

Außenminister Dertinger nannte die Vorschläge sehr interessant, er sehe sich bei der Wichtigkeit der Fragen jedoch nicht in der Lage, sofort Stellung zu nehmen.

Der Präsident der Volkskammer der Sowjetzone, Johannes Dieckmann (LDP) lehnt den Vorschlag ab. Voraussetzung für gesamtdeutsche Wahlen, so erklärte er, wäre das Einverständnis aller vier Besatzungsmächte. Solange diese Vor-

aussetzung nicht erfüllt ist, müsse man nach seiner Meinung an der Ernsthaftigkeit des Vorschlages zweifeln. (Das ist eine besondere Logik. Die Red.)

Zum Interview des Bundeskanzlers Kingsbury Smith schreibt der SED-Pressedienst, die Handlanger- und Agentenrolle Adenauers sei niemals

Allein in Rom 1000 Verhaftungen

Streik mit Bomben und Kommunisten-Spaltung

dmt. Rom, 22. März

In Italien herrscht der von dem kommunistischen Gewerkschaftsbund ausgetragene zwölfstündige Generalstreik. Die nichtkommunistischen Gewerkschaften haben eine Beteiligung abgelehnt. In den größeren Städten kam es zu zahlreichen Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei. In Rom wurden allein tausend Personen verhaftet. Ursache des Streiks sind scharfe Bestimmungen, die von der Regierung gegen radikale Gruppen erlassen wurden. Man sieht den Streik als die stärkste Herausforderung der italienischen Regierung seit zwei

Jahren an. Der Innenminister verbot für Mittwoch sämtliche politischen Versammlungen und erklärte, daß die Regierung vor keiner Drohung weichen werde. Diplomatische Gebäude in Italien sind von der Polizei bewacht. In der Nacht und am Mittwochmorgen explodierten in Rom vier Bomben. Ein Parteibüro der Kommunisten und der Christlichen Demokraten wurden zerstört.

In Mailand wurde eine „Nationalkommunistische Partei Italiens“ gegründet, die alle Kommunisten um sich sammeln will, die mit der Kominform nicht einverstanden sind.

England wünscht den deutschen Buffer

Sicherheits-Debatte im Unterhaus wedt Sympathien für Churchill-Plan

Sonderdienst

rs. London, 22. März

Die im Verlauf der Unterhausdebatte über die Luftverteidigung von Staatssekretär Henderson abgegebenen Erklärungen über

die in der Durchführung begriffenen Reformen machen die Besorgnisse über die Verkleinerung der englischen Luftwaffe nicht geringer. Sie gelten sowohl dem Personalrückgang von 225 000 Mann im Vorjahr auf 202 500 in diesem und auf 198 000 bis zum nächsten Jahre, wie auch den vorhandenen und demnächst verfügbaren Flugzeugen. Die Ausstattung der Luftwaffe mit Düsenflugzeugen macht Fortschritte. Zu einer Zeit, wo die Leistungen des englischen „Comet“ alles bisher Erreichte in den Schatten stellen, haben die Militärkritiker Bedenken sowohl gegen die neuen Typen „Venom“ und „Canberra“ wie gegen den im Rahmen des amerikanischen Waffenhilfsprogramms gelieferten „B 29“. Befriedigender scheinen die Fortschritte in der Herstellung steuerbarer Raketen-Ferngeschosse zu sein, die von Flugzeugen aus verwendet werden können.

Der Konservative MacMillan verwies in der Unterhausdebatte in diesem Zusammenhang abermals auf die Notwendigkeit einer „Integrierung“ des europäischen Verteidigungssystems. Seine Bemerkungen über den Einbau Deutschlands in das westeuropäische Verteidigungssystem steht im Einklang mit der kürzlich gehaltenen Unterhausrede Churchills. Westdeutschland, so erklärte MacMillan, sei wesentlich für den Schutz Englands. Es müsse entweder dauernd durch Besatzungstruppen gehalten oder in ein europäisches Verteidigungssystem eingeschaltet werden.

Es scheint, als ob eine zunehmende Zahl der Unterhausabgeordneten der Churchill-MacMillan-Theorie zuneigt.

Acheson nach London

Von unserem Mitarbeiter

hr. Washington, 23. März

In politischen Kreisen Washingtons verlautet, daß Außenminister Acheson die Absicht habe, im Mai nach London zu fahren, um dort über eine Verstärkung der Verteidigung der Atlantikpaktstaaten zu beraten.

Boriss gegen Moskaus 3-fache UNO-Bertretung

Sind die Ukraine und Weißrußland selbständig?

Sonderdienst

rs. New York, 22. März

Mit ihrem Vorschlag, die Frage der Anerkennung der Ukraine und Weißrußlands aufzurollen, schneidet die „New York Times“ ein Thema an, dessen Behandlung möglicherweise starke Rückwirkungen auf die internationale Politik haben würde. Wenn das Blatt erklärt, es sei widersinnig, daß die beiden Länder, die ihre eigenen Außenminister und ihre eigenen Vertreter in der UNO haben, weder von England noch von den USA anerkannt seien, so wurde dieser Tage der Grund für diese Unlogik im englischen Unterhaus durch einen Vertreter des Foreign Office in interessanter Weise aufgedeckt.

In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage wurde vom Foreign Office dargelegt, daß England im August 1947 vergeblich versucht habe, mit der Ukraine diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Der englische Geschäftsträger in Moskau habe diesen seinen Vorschlag der Sowjetregierung mit der Bitte um Weiterleitung an die ukrainische Regierung übergeben, eine Antwort aus Kiew sei jedoch niemals eingetroffen. An diesem ablehnenden Verhalten der Sowjetunion sei auch die Absicht, sich mit der gleichen Anfrage an die Regierung von Weißrußland

zu wenden, gescheitert. Dem englischen Botschafter in Moskau und dem Personal der englischen Botschaft seien die Gebiete der Ukraine und Weißrußlands verschlossen.

Es gibt keine ukrainische oder weißrussische Außenpolitik. Die Außenpolitik der Sowjetunion wird ausschließlich von der Zentralregierung in Moskau, genau gesagt vom Politbüro des Kreml, geleitet. Die seinerzeitige Ernennung von Außenministern der Ukraine und Weißrußlands war nichts weiter als ein Versuch, für die Sowjetunion drei Sitze in der UNO zu erlangen statt des ihr zustehenden einen Sitzes.

Vier Besatzungsmächte — ein Deutschland

Die Erklärung der Bundesregierung zur Frage der Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen hat in Bonn nicht überrascht, da schon seit einigen Tagen „informelle Besprechungen“ in Berlin abgehalten wurden. Diese Gespräche wurden zwar bisher offiziell in Bonn in Abrede gestellt, doch ist es ein offenes Geheimnis, daß zwischen Beamten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und Persönlichkeiten der Ostzonen-Regierung seit Dienstag vergangener Woche nicht nur über die Schwierigkeiten des Interzonenhandels gesprochen worden ist. Auf jeden Fall waren politische Kreise der Bundeshauptstadt auf diese Erklärung vorbereitet.

In gewissem Sinne überrascht hat nur die Präzision, mit der die Verantwortlichkeit der vier Besatzungsmächte herausgestellt wurde, nachdem der amerikanische Hohe Kommissar McCloy ausdrücklich erklärt hatte, die weitere Vorbereitung der gesamtdeutschen Wahlen sei eine „Angelegenheit der Deutschen“. Gewiß ist sie das, aber man sollte doch nicht vergessen, daß man die Deutschen bisher mit allen Mitteln daran gehindert hat, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Es kann nur förderlich für die nachgerade überfällige Wiederherstellung der deutschen Einheit sein, wenn in diesem Punkt absolute Klarheit besteht, nicht nur in Bonn und in Karlshorst, sondern genau so in Washington, London und Paris. Die Bundesregierung geht sogar soweit, selbst den Erlass eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes unter die Verantwortlichkeit der vier Besatzungsmächte zu stellen.

Es mag zwar vage sein, in diesem Zusammenhang an die Manövrierfähigkeit des Kontrollrates zu glauben, der allzu sehr unter dem unmittelbaren Einfluß der Berliner Divergenzen steht. Andererseits hieße es aber, jede Hoffnung auf eine Besserung des europäischen Verhältnisses begraben, wolle man den westlichen Alliierten und auch der Sowjetunion die Tendenz unterstellen, daß die Sowjetunion nicht nur einen Dauerzustand zu machen. Man wird sich daran erinnern, daß die Sowjetunion nicht nur eine europäische, sondern vielleicht noch stärker eine asiatische Macht ist; nach der Einbeziehung Chinas mehr denn je. Es mag sein, daß wir die wahren Hintergründe der Politik des Kremls nicht kennen, aber es ist schwer einzusehen, daß auch Washington sie nicht kennt. Deutschland ist — wir müssen uns damit abfinden — heute nur eine Figur auf dem großen Schachbrett der internationalen Politik, und man wird es sich abgewöhnen müssen, jeden Versuch einer gesamtdeutschen Wiedervereinigung von vornherein für „ausichtslos“ zu erklären.

Wie die Dinge liegen, können wir darüber kaum urteilen. Erfreulich ist nur, daß die Bundesregierung weder Hoffnung noch Verzagen ausspricht, sondern sich mit sehr konkreten Dingen beschäftigt. Und daraus kann man vielleicht den Schluß ziehen, daß man auch in Karlshorst mit dem Reden von der deutschen Einheit aufhört und sich mehr und mehr den persönlichen Dingen zuwendet.

Die Seite der Heimat

Halver, 23. März 1950

Märztag

Eine gärende grüne Wiese ist darin und ein hellwacher Acker, der bestellt sein will. Vogelruf zwitschert darüber hin und Sonnenstrahlen, die hinter abwandernden Wolken hervorbrechen. Freier ist das Menschenlachen geworden. Alles atmet Hoffnung und Erwachen.

Junge Obstbäume werden gepflanzt und Sträucher dazu. Ein Mann steht an einer Druckpumpe und spritzt Flüssigkeit auf die Bäume. Das ist sein Kampf gegen Schädlinge. Eine Frau teilt Gemüsebeete ein: Salat, Erbsen, Spinat, Radieschen, Schwarzwurzeln, Petersilie und Zwiebeln. Nachher jätet sie in einem Frühbeetkasten.

Ein Brutofen hat der ersten Kükenschar zum Leben verholfen. Die kleinen Tiere piepen in den wolkenbefleckten Himmel. Ein Täuberich gurrte zum Brutgeschäft. Enten suchen einen verstoßenen Ort für die ersten Eier. Bienen wagen längere Ausflüge und wiegen auf den frischen Winden.

Das ist Märztag. Ein gärendes Aufbrechen der Natur. Ein Tag, der uns freut und die Arme breiten läßt. Auch Detlev von Liliencron hat so empfunden und dann gedichtet:

Wolkenschatten fliehen über Felder,
blau umdunstet stehen ferne Wälder.

Kraniche, die hoch die Luft durchpflügen,
kommen schreiend an in Wanderzügen.

Lerchen steigen schon in lauten Schwärmen,
überall ein erstes Frühlingslärmen.

Lustig flattern, Mädchen, deine Bänder,
kurzes Glück träumt durch die weiten Länder.

Kurzes Glück schwamm mit den Wolkenmassen,
wollt es halten, muß es schwimmen lassen.

U. S.

Halver

Dünge richtig, das ist wichtig!

Der Gartenbauverein Halver schreibt uns: Es ist notwendig, daß alle Gartenfreunde jetzt im Frühjahr sich ihre Gedanken machen über das richtige Düngen. Die Grundlage aller Düngung ist ja die unbedingte Humuszufuhr in Form von Mist oder Kompost. Mist steht ja für jeden Kleingärtner sehr wenig zur Verfügung. Wie man sich den Kompost (welcher dem Mist gleichwertig ist) herstellt, ist den Gartenfreunden vom Gartenbauverein Halver durch die Verteilung der Torfrezepte bekannt. Will man aber Voll-ernten und Qualitätsgemüse und Obst erzielen, darf Kali, Phosphorsäure, Stickstoff und Kalk nicht fehlen. Der Gartenbauverein hat schon in einigen Gärten den Boden auf Kalk untersucht und festgestellt, daß der Kalkgehalt für dieses Jahr ausreicht. Die Kalkfeststellung wird fortgesetzt, um unnötiges Kalken zu vermeiden und Geld zu sparen. Am kommenden Samstag gibt der Gartenbauverein wieder Dünger aus und nimmt auch Bestellungen von Pflanzkartoffeln entgegen, die er dann auch selbst verteilt, um die Sache zu verbilligen.

Neuer Anfänger-Lehrgang in Kurzschrift

Da für einen Anfänger-Lehrgang in Deutscher Kurzschrift starkes Interesse besteht, wird der hiesige Stenografen-Verein den planmäßigen Unterricht für eine Anfängergruppe am Mittwoch, dem 29. März 1950 aufnehmen. — Mehr und mehr zeigt sich, daß der Kurzschrift allgemein großes Interesse gewidmet wird, nicht allein aus beruflichen Gründen im Bewußtsein, vorwärts zu kommen, sondern auch seitens der Jugend als Freizeit-Beschäftigung.

Die Heimatzeitung gratuliert!

Ihr 82. Lebensjahr kann die Witwe Heinrich Wenzel, Karoline geb. Becke, Halver-Eichholz, am Samstag, dem 25. März vollenden.

Steuerbegünstigter Wohnungsbau

Weitere Zweifelsfragen sind geklärt

Die Vergünstigungen des Paragraphen 7 c Einkommensteuergesetz (EStG) sollen künftig allen Steuerpflichtigen zugute kommen; bisher konnten sie nur buchführende Gewerbetreibende in Anspruch nehmen. Eine Enttäuschung bringt allerdings die neue Fassung des Paragraphen 7 c dadurch, daß die Gleichstellung sich nur auf die Abziehbarkeit verlorener Zuschüsse, nicht dagegen auf die unverzinslichen Darlehen erstrecken soll. Vielleicht wird aber in der endgültigen Fassung doch die Abziehbarkeit von Darlehen zugelassen. Wie verlautet, hat der Steuer- und Wohnungsbauausschuß des Bundestages eine Novelle zum Wohnungsbauengesetz vorbereitet. Diese Novelle soll den Paragraphen 7 c durch folgenden Absatz erweitern:

„Den Zuschüssen oder unverzinslichen Darlehen im Sinne von Absatz 1 stehen Einzahlungen aus allen Arten von Kapitalansammlungsverträgen für den Wohnungsbau im Sinne von Absatz 1 einschließlich von Einzahlungen auf Genossenschaftsanteile gemeinnützigen Wohnungsunternehmen oder Mieterdarlehen für den Bau von Wohnungen im Sinne von Absatz 1 gleich. Einzahlungen hierauf können, wenn sie nicht als Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben abgesetzt werden, mit 25 Prozent der Einzahlungsbeträge von der Lohn-, Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld abgezogen werden.“

Lohnsteuerpflichtigen wird bei Vorlage der Kapitalansammlungsbeträge oder Nachweis der übernommenen Zahlungsverpflichtungen die Lohnsteuerermäßigung auf der Lohnsteuerkarte eingetragen.“

Der Paragraph 7 c würde demnach künftig, wenn die geplante Ergänzung Gesetz wird, von großer Tragweite sein.

Die vielen Zweifelsfragen, die sich bisher bei der Anwendung von Paragraph 7 c ergaben, sind in drei Erlassen des Bundesfinanzministers vom 17. November 1949 geklärt worden. Inzwischen sind weitere Fragen beantwortet worden.

Volksschulen im Amtsbezirk Halver

Schulbeginn — Schulentlassung 1950

182 Volksschüler treten ins Leben hin aus — 304 ABC-Schützen im Anmarsch

Nur noch wenige kurze Tage und der große Tag der Schulentlassung ist gekommen. Von den meisten Jungen und Mädels auf den Oberklassen der Volksschule wird dieser Tag der Entlassung aus der Schulbank ersehnt. Er bedeutet ihnen den

Tag der „goldenen Freiheit“.

Und gewiß! Diese Jugendlichen haben zunächst einmal einen Lebensabschnitt hinter sich gebracht, der manches von ihnen verlangte: Einordnung, Ordnung, Fleiß, Kenntnisse im Elementaren. Neben die Erziehung im Elternhaus und neben dessen Einflüsse traten erstmals in der Schule die Ansprüche der Gemeinschaft, des größeren Zusammenlebens.

Und mit der Schulentlassung fallen einige „Fesseln“, wie sie die Schule und Erziehung unerlässlich machen. Als bald aber nehmen

neue, ernstere Pflichten

den Schulentlassenen in Empfang. Das Leben mit seinen wirtschaftlichen, beruflichen Anforderungen meldet sich. Wohl dem, der gut gerüstet die Schule verließ und jetzt fest steht in Kenntnissen, Ordnung zu halten weiß und sich benehmen kann. Jetzt gibt es kein Ausweichen mehr, das Leben muß jetzt angefaßt werden. Manch einer wird vielleicht noch oft mit Wehmut zurückdenken an die Schulbank und die Schule.

182 Jungen und Mädels aus dem Amtsbezirk Halver verlassen bis Ostern die Volksschule,

um in einem Beruf, eine Lehre, eine Arbeit, die Hauswirtschaft überzugehen. 71 gehen auf eine höhere Schule über.

Schon wissen wir auch, wieviel kleine Jungen und Mädchen zum Osterschulbeginn zum ersten Mal den Ranzen schnüren werden. 304 sind es im Amtsbezirk Halver. Vielen dieser kleinen Rangen wird es hart ankommen, also in Pflicht genommen zu werden, pünktlich in der Klasse zu sein, stille zu sitzen, zu lernen, auf Ordnung zu halten. Die franke, freie Zeit des ungehinderten Umhertollens und des Spielens ist vorbei. Allmählich, zunächst ganz gelinde, beginnt das Leben mit seinen Aufgaben auch diese Kleinen in seinen Kreis zu ziehen. Es sind

Marksteine im Leben des Einzelnen,

der Schulanfang, wie der Tag der Schulentlassung.

Die durch die Entlassung und Neuaufnahme bedingten Zu- und Abgänge verteilen sich im Amtsbezirk Halver wie folgt auf die einzelnen Schulen:

Der Stand unserer Volksschulen im Amtsbezirk Halver

Wir geben nachstehend einen kleinen Querschnitt durch die Besuchszahlen unserer Volksschulen, wobei wir jeweils die Gesamtschülerzahl zu Ostern 1950, wie die Zahl der abgehenden und neu eintretenden Schüler anführen () Uebergänge zu den Mittelschulen:

Evangelische Volksschule Halver: 668 (94 (33) ab, 102 neu); Katholische Volksschule Halver: 274 (32 (3) ab, 26 neu); Christliche Gemeinschaftsschule Oberbrügge einschließlich Gastschüler der Gemeinde Kierspe: 176 (32 ab, 16 neu); Evangelische Volksschule Ehringhausen: 150 (16 (5) ab, 16 neu); Evangelische Volksschule Heesfeld: 186 (21 (12) ab, 31 neu); Evangelische Volksschule Anschlag: 99 (6 (1) ab, 13 neu); Evangelische Volksschule Bergfeld: 40 (4 ab, 4 neu); Christliche Gemeinschaftsschule Buschhausen: 48

(3 ab, 3 neu); Christliche Gemeinschaftsschule Glörfeld: 57 (6 ab, 13 neu); Evangelische Volksschule Schwenke 70 (7 ab, 12 neu); Evangelische Volksschule Schalksmühle: 374 (22 (15) ab, 56 neu); Katholische Volksschule Schalksmühle, einschließlich Gastschüler der Gemeinde Hülscheid-Heedfeld 119 (10 (2) ab, 12 neu).

Zusammen also 2263 Schüler, 253 Abgänge und 304 Neuaufnahmen. Die Gesamtzahlen sind natürlich als voraussichtliche Gesamtzahlen anzusehen, kleinere Verschiebungen sind noch möglich, zumal an den Mittelschulen Halver und Schalksmühle zur Zeit noch ein 14tägiger Auslesekurs anstelle der bisherigen Aufnahmeprüfung läuft, durch den aber sicherlich keine wesentlichen Änderungen mehr zu erwarten sind.

Ein kurzer Blick auf die Schulbauten

Die neuen Schulräume an der Mittelschule in Halver sind soweit fertiggestellt, lediglich kleinere Arbeiten fehlen noch, man hofft aber zuversichtlich, daß diese nach Beendigung der Osterferien, also mit Beginn des neuen Schuljahres in Benutzung genommen werden können.

Der Neubau der evangelischen Volksschule in Halver wird voraussichtlich nach den Sommerferien fertig werden. Mit dem Neubau an der Katholischen Volksschule soll ebenfalls recht bald begonnen werden.

Wie uns das Schulfam des Amtes Halver noch mitteilt, wird für unsere Schulen im Amtsbezirk Halver alles getan und alle Anstrengungen gemacht, um diese wieder in einen friedensmäßigen Zustand zu versetzen. Zwar sprechen auch hier die Finanzen ein gewichtiges Wort mit, aber versäumt wird nichts, es dauert nur etwas länger.

Laßt Zahlen sprechen

Der Hausbesitzer als Steuerzahler

Fast die Hälfte der Gemeindesteuern wird von den Haus- und Grundbesitzern aufgebracht. Nach den neuesten Erhebungen, die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht sind, verinnahmten die Gemeinden im ersten Jahr nach der Währungsreform im Bereich der britischen und amerikanischen Zone folgende Summen:

In der Zeit	insges.	a. Grundst.	Anteil
	DM	DM	
1. 7.—30. 9. 48	315,0 Mill.	168,9 Mill.	53,6 %
1. 10.—31. 12. 49	472,4 Mill.	214,2 Mill.	45,4 %
1. 1.—31. 3. 49	502,4 Mill.	220,5 Mill.	43,9 %
1. 4.—30. 6. 49	522,9 Mill.	227,4 Mill.	43,6 %
insgesamt	1812,7 Mill.	831,0 Mill.	45,8 %

Diese Ergebnisse der Finanzstatistik beweisen erneut den Anteil der Grundsteuer im Gemeindehaushalt. Der Haus- und Grundbesitz darf daher erwarten, daß die Gemeinden für ihn entsprechendes Verständnis zeigen.

Schalksmühle

„Er vergaß zu zahlen“

Der Taxiunternehmer W. aus Schalksmühle fuhr noch zu später Abendstunde einen Fremden nach Dieringhausen. Hier wollte der Fremde „eben Geld holen“, um zahlen zu können. Da das Holen stundenlang dauerte, fuhr der geschädigte Fahrer wieder nach Hause. War es das böse Gewissen oder war's die Tatsache, daß „Wind“ hinter die Sache kam? Jedenfalls erhielt

Eigentum des Zuschuß- oder Darlehensgebers stehen.

Paragraph 7 c ist auch dann anwendbar, wenn das Gebäude auf einem Grundstück errichtet wird, das zwar dem Zuschuß- oder Darlehensgeber gehört, das aber dem Bauherrn unter Einräumung eines Erbbaurechtes von längerer Dauer (mindestens etwa zwanzig Jahre) überlassen wird.

Die Frage, ob Paragraph 7 c bei solchen Zuschüssen oder Darlehen anwendbar ist, bei denen zunächst nur der Grund und Boden erworben worden war, war bereits vom Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf bejaht worden, und zwar auch dann, wenn der Erwerb des Grund und Bodens und die Errichtung des Wohnraumes nicht im gleichen Wirtschaftsjahr erfolgten.

Der Oberfinanzpräsident München erklärt sich in der erwähnten Verfügung vom 30. Januar 1950 ebenfalls damit einverstanden, daß Zuschüsse oder unverzinsliche Darlehen, die vom Empfänger zur Anschaffung eines Grundstückes verwendet werden, als Betriebsausgaben abgezogen werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß für das auf dem Grundstück zu errichtende Haus die Voraussetzungen des Paragraphen 7 c erfüllt sein werden.

Wenn der Zuschußgeber von dem Zuschußempfänger das Grundstück mit dem bezuschußten Gebäude gegen Verrechnung mit dem Zuschuß oder Darlehen übernimmt, so fließt ihm insoweit der Zuschuß oder das Darlehen wieder zu. In diesem Fall ist das Gebäude nach der genannten Verfügung des Oberfinanzpräsidenten München in Höhe des Zuschusses oder Darlehens zuzüglich des etwa bezahlten Mehrbetrages zu aktivieren. Der Zuschuß oder das Darlehen wirkten bei der Hingabe gewinnmindernd. Mit der Aktivierung entsteht ein entsprechender Gewinn. Wenn das Grundstück Privatvermögen des Gewerbetreibenden werden soll, ist eine Privatentnahme (in Höhe des an sich aktivierungspflichtigen Aufwandes) anzunehmen. Der Zuschußgeber kann dann von der Möglichkeit höherer Abschreibungen nach Paragraphen 7 c keinen Gebrauch machen, da es sich bei dem Kaufpreis nicht um Herstellungsaufwand, sondern um nicht begünstigte Anschaffungskosten handelt. Dr. H.

„Was, zehn Tage Prüfung...?“

Randbemerkungen zum neuen Ausleseverfahren an unserer Mittelschule

Stand ich da vor wenigen Tagen noch vor der eigentlichen Verkaufszeit in aller Frühe in einem Bäckerladen. Verführerische Düfte hatten mich in den freundlichen, in einer unserer verträumten, winkligen Straße gelegenen Raum gelockt. Etwas recht ungewohntes war's für mich, da es in dem kleinen Ort, in dem ich mein Arbeitsleben zu verbringen habe, so etwas nicht gibt. Etwas Ungewohntes schien ich aber auch an diesem Ort zu sein, denn nach freundlichem Grußwechsel hatte ich die Frage zu beantworten: „Sind Sie nicht Herr X. aus Y.P.“ Was machen Sie denn schon so früh in Halver? „Nun ja, so etwa 10 Tage lang werde ich mir jeden Morgen etwas Gebäck bei Ihnen holen, ich habe so ein bisschen mitzuarbeiten bei der Prüfung der Schulneulinge für die Mittelschule.“ „Was, zehn Tage werden die Kinder geprüft? Die armen Blagen!“

Wird so oder ähnlich nicht mancher noch denken, der in diesen Tagen aus Kindermund oder sonstwie zufällig davon erfuhr, daß unsere Mädel und Jungen, die Ostern von der Grundschule zur Mittelschule möchten, zur Zeit einen 10tägigen Ausleselehrgang mitmachen? Warum bricht man mit der alten Praxis: Zeugnis mit Gutachten der Grundschule, zweitägige schriftliche und mündliche Prüfung; dann das Ergebnis: Bestanden oder nicht?

Nun, der Gründe gegen das alte Verfahren können es manche sein! Sie aufzuzeigen, möge einer Schlußbetrachtung über die gewonnenen Ergebnisse vorbehalten bleiben. Fest steht aber vielleicht jetzt das schon: Es lohnt sich wahrlich, bei der Prüfung elfjähriger Grundschüler für den Uebergang zu weiterführenden Schulen einmal Neuland zu beschreiten! Das bringt zwar naturnotwendig erhebliche Mehrbelastung für alle Mitarbeiter des Lehrkörpers, aber es entlastet in weit höherem Maße die Kinder! Bei recht gehandhabter Auslese hat jetzt gewissermaßen das Kind selber den Schlüssel zum Bestehen in seiner Hand. Hier kann es mal eine Aufgabe nicht lösen, dort packt es aber um so besser zu, da schaltet sogar der Prüfer ganz aus, und nur der Test nimmt das Kind in seinen Bann... Wo ist die sonst doch so allgemeine Angst vor der Prüfung? Und ist es da noch berechtigt, von „armen“ Kindern zu sprechen? Nein, Freude ist selbst bei dieser ersten Neuarbeit der treibende Motor, der vieles, ja vielleicht sogar alles Geforderte leichter und besser gelingen läßt! — dt.

er vor einigen Tagen von dem Unbekannten in einem Brief 50.— DM zugeschiedt. Die hätte dieser lieber sofort bezahlen sollen.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot

Die Ausschachtungsarbeiten für die von der Gemeinde Hülscheid geplanten Siedlungen in der Oberklagebach haben bereits begonnen. Wenn die Arbeiten ungehindert ihren Fortgang nehmen, dürften in diesem Herbst einige schmucke Neubauten die akute Wohnungsnot in Schalksmühle etwas gemildert haben.

Kierspe

Gerätewettkampf in Kierspe

Am kommenden Wochenende steigt in Kierspe ein turnerisches Ereignis, das weit über unsere Mauern hinaus Widerhall finden wird. Die Geräteturner des TuS Westfalia aus Plettenberg-Holthausen werden am Samstagabend in der Turnhalle antreten, um einen Wettkampf gegen den Turnverein 1879 auszutragen. Den Gästen eilt ein guter Ruf voraus. In ihren Reihen steht neben Kargol auch der bekannte Turner Rinke, der über 10 Jahre lang in der früheren Westfalenriege turnte. Rinke war u. a. zweimal 1. Sieger im Zwölfkampf auf dem Bundesturnfest von Westfalen-Lippe. Die Kiersper Turner — zu einem Teil altbewährte Kräfte und zum anderen aufstrebender Nachwuchs — werden alle Mühe haben, gegen diesen Gegner ehrenvoll zu bestehen. Jede Mannschaft besteht aus 10 Turnern. Es werden Kürübungen am Seilpferd, Barren und Reck, sowie Bodenübungen und Pferdsprünge gewertet. Als Kampfrichter werden Walter Schürfeld aus Lüdenscheid und Hugo Nolte aus Schalksmühle tätig sein. Den dritten Kampfrichter bringen die Gäste mit.

Rönlahl

Dorfverschönerung

Im vergangenen Jahre wurde die Bruchsteinmauer um das Anwesen vor dem Isern niedergelegt. Jetzt wird diese Mauer in Bruchstein wieder neu gebaut und etwas zurückverlegt, so daß die Straße zum Isern breiter wird. Die Mauer soll mit einem geschmackvollen Geländer versehen werden, so daß sie sich dem alten ehrwürdigen Bau der Kirche und dem anliegenden unter Denkmalschutz stehenden Gebäude „Unter dem Kirchhof“ anpaßt. In Verbindung mit der Kirch- und dem Ehrenmal wird eine wesentliche Verschönerung des Dorfbildes geschaffen werden. Bei dieser Gelegenheit wäre es sehr zu begrüßen, wenn der Bauherr, Fabrikant Steger, auch den alten Dorfbrunnen in seiner ursprünglichen Form wieder errichten ließe.

Brederfeld

Lichtbildervortrag im Heimatbund

Technische Kulturdenkmäler der Heimat zeigte Baurat Claas in einem fesselnden Lichtbildervortrag des Westfälischen Heimatbundes. Auch im Breckerfelder Gebiet will Claas demnächst geschichtliche Merkwürdigkeiten in Aufnahmen und Zeichnungen festhalten.

□ Neuer Regierungspräsident eingeführt. In einer Feierstunde in der Arnsberger Stadthalle verabschiedete Innenminister Dr. Menzel am Dienstag den bisherigen Arnsberger Regierungspräsidenten, Fritz Fries, der in Pension geht und führte den neuen Regierungspräsidenten Hubert Biernat in sein Amt ein.